

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1921

319 (18.11.1921) Erstes und Zweites Blatt

Bezugspreis: In Karlsruhe frei ins Haus monatlich 7.50 M., in den Ausgabestellen abgeholt monatlich 6.75 M. ...

Karlsruher Tagblatt

Anzeigen: Die große Anzeigenliste über deren Raum 1.70 M. ...

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Beilagen: „Wirtschafts- und Handelszeitung“ / „Turn- und Sport-Zeitung“ / „Unterhaltungsbeilage“ / „Literaturbeilage“ / „Mode und Heim“ / „Die Scholle“

Verleger: Hermann v. Voer, Verantwortlich für Inhalt: Fritz Erbhard, für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Werhards, für das Reichstagen: Hermann Weid, für die „Pyramide“ Karl Doh...

118. Jahrg. Nr. 319.

Freitag, den 18. November 1921

Erstes Blatt.

Oberschlesischer Brief.

(Von unserem schlesischen Mitarbeiter.)

Die ober-schlesische Grenzschlichtungskommission hat es recht eilig. Sie ist eifrig am Werk, diese unnatürliche, rechtswidrige und geradezu unmoralische Grenzlinie endgültig festzusetzen. Im Norden hat sie ihre Arbeit bereits vollendet, augenblicklich ist sie im Süden tätig, und zuletzt will sie an die Fertigstellung des Industriegebietes herantreten, wo eine Scheidung ganz besonders schwer sein dürfte.

Die Polen versuchen frampfhaft, die an der neuen Grenzlinie liegenden Gemeinden zu beschützen, fürmlich die Annaherung an den polnischen Teil zu verlangen. Selbst in der Stadt Beuthen betreiben sie ihre Wühlarbeit. Ihre Agenten in Beuthen haben auch tatsächlich allen Eintrag an die Interalliierte Kommission den Antrag gestellt, daß die Stadt, die in Zukunft vor vorgeschobene deutsche Polen, an Polen kommt, weil hier angeblich die Zukunft der Stadt liegt. Die deutschen Bürger von Beuthen haben jedoch auf das Entschiedenste gegen derartige Maßnahmen protestiert und von neuem fester erklärt, daß sie unter allen Umständen bei der deutschen Reichsregierung bleiben wollen, wenn auch ihre Zukunft durch die neue Grenzschlichtung vielfach sehr unsicher geworden und die Stadt wirtschaftlich ruiniert ist.

Die Beuthener haben eben Vertrauen in die deutsche Schlichtungskommission und die deutsche Regierung. Sie sind überzeugt, daß die Entscheidung über die Zukunft der Stadt in die Hände der deutschen Reichsregierung und der deutschen Regierung fallen wird. Sie sind überzeugt, daß die deutsche Reichsregierung und die deutsche Regierung die Interessen der Stadt Beuthen und der deutschen Reichsregierung wahrnehmen werden.

Die deutschen Reichsregierung und die deutsche Regierung sind verpflichtet, die Interessen der Stadt Beuthen und der deutschen Reichsregierung wahrzunehmen. Sie sind verpflichtet, die Interessen der Stadt Beuthen und der deutschen Reichsregierung wahrzunehmen.

Die deutschen Reichsregierung und die deutsche Regierung sind verpflichtet, die Interessen der Stadt Beuthen und der deutschen Reichsregierung wahrzunehmen. Sie sind verpflichtet, die Interessen der Stadt Beuthen und der deutschen Reichsregierung wahrzunehmen.

Die deutschen Reichsregierung und die deutsche Regierung sind verpflichtet, die Interessen der Stadt Beuthen und der deutschen Reichsregierung wahrzunehmen. Sie sind verpflichtet, die Interessen der Stadt Beuthen und der deutschen Reichsregierung wahrzunehmen.

Teuerungungsdebatten im Reichstag.

Reichswirtschaftsminister Schmidt über die Tätigkeit der Wuchergerichte.

1. Berlin, 17. Nov. Am Regierungstisch Minister Dr. Hermès. Die Sitzung wird nach 1 Uhr eröffnet. Eine Vorlage zur Abänderung der Bekanntmachung über ausländische Wertpapiere wird ohne Aussprache angenommen.

Das Gesetz über das Verfahren in Verborgungssachen wird dem Ausschuss für Kriegsbekämpfungsvorläufe überwiesen. Es begann eine Aussprache über Preissteigerung und Lebensmittelversorgung als Fortsetzung der Debatte, über die Interpellation Herrat (D.N.), Dufche (D.N.), Bachmeier (Bayr. Bürgerpartei), Lukas (Bayr. Volksp.) betr. Aufhebung der Zwangsverpflichtung für landwirtschaftliche Produkte.

Die Unkarprieten lassen sich durch keinen Sachverhalt überzeugen. In unerhörter Weise ist in der letzten Zeit gegen die Landwirtschaft gehetzt worden. Dabei haben wir alle Ursache, dankbar zu sein. Nicht die Landwirtschaft ist an der unsicheren Lage und an der Teuerung schuld, sondern die Verpflichtungen, die die Regierung durch das Ultimatum übernommen hat. Der Redner gibt eine Uebersicht über die Verteuerung der Produktion in der Landwirtschaft. Die Düngemittel stellen jetzt um 350 Prozent gegenüber dem Friedenspreis steigen. Der Brotpreis ist gestiegen, weil das Reich die Verbilligungsaktion nicht mehr durchführen konnte. Die Landwirtschaft ist unschuldig. Ein Preisverfall der Landwirtschaft in Bezug auf die Kartoffeln liegt nicht vor. Es fehlt nur an Transportmitteln. Die Landwirtschaft ist zur vollen Pflanzung zur Debung der Produktion bereit.

Unter leichtvergehlisches Volk denkt nicht an die weiter zurückliegenden Ursachen unserer Not, den verlorenen Krieg. Die Zwangswirtschaft war nicht mehr haltbar. Als Landwirt kann ich mir von einer Kartoffelumlage nichts verprechen. Schuld an der Kartoffelwertteuerung sind der Wagenmangel und die Aufkäufer. Im Westen herrscht tatsächlich Kartoffelmangel. Der Redner fordert eine Reichsliste zur Lösung des Arbeitslosen- und Wohnungsproblems. Die 3 Millionen Sektar Dedland in Deutschland müssen urbar gemacht werden.

Reichswirtschaftsminister Schmidt

äußerte die Auffassung, daß die Preissteigerung sich noch fortsetzen wird. Politische Erregung ist die Folge. Sie ist hauptsächlich zurückzuführen auf die Entwertung der Mark, namentlich von den aus dem Ausland eingeführten Produkten. Dagegen ist die Regierung ohnmächtig. Diese Entwicklung wird natürlich zurück auf die Waren, die wir zum Teil im Inland erzeugen, zum Teil einführen und auf solche, die aus Auslandsrohstoffen hergestellt werden. Auf dem Inlandsmarkt sind die Verhältnisse etwas günstiger. Diese Differenz zwischen Inland und Ausland muß aufrechterhalten werden. Beim Kartoffelpreis zeigt sich eine Steigerung auf das 14fache, beim Weizenmehl auf das 30fache des Friedenspreises. Leider werden die Preise im Inland in die Höhe getrieben durch einen planlosen Verkauf durch die Bevölkerung. Besonders in den Grenzgebieten sind die Verhältnisse unerträglich. Im September sind a. B. 121 000 Personen über die dänische Grenze gekommen, um einzukaufen. (Hört! Hört!) Die Erleichterungen für den kleinen Grenzverkehr werden daher nachgeprüft.

Für die badisch-schweizerische Grenze ist die Bewilligungsfreiheit der Ausfuhr im kleinen Grenzverkehr aufgehoben worden. Diese Verordnung wird erachtet. Die Grenzbeamten sind zum verstärkten Überwachen des Verkehrs veranlaßt worden. Im Jahre 1920 ist gegen rund 28 000 Personen ein Wucherverfahren anhängig gemacht worden, darunter gegen etwa 23 000 Personen wegen Schleichhandels, gegen die anderen wegen Preisverbrei und Ueberschreitung des Höchstpreises. Verurteilt wurden 29 000 Personen, davon 11 220 zu Geldstrafen. Freiheitsstrafen erhielten rund 5000 Personen. 24 Personen wurden mit Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte bestraft. Die Einziehung von Waren erfolgte in etwa 40 000 Fällen. Ein wirklich ehrlicher Kauf-

mann braucht die Wuchergerichte nicht zu fürchten. Die Ansicht des Auslandes, als ob wir in unserer Lebenshaltung nicht wesentlich hinter der Friedenszeit zurückstünden ist grundfalsch. Wenn man das Volk kennen lernen will, muß man nicht in die zweifelhaften Schlemmerlokale hineinkommen. Der Fleischkonsum ist um 60 Prozent zurückgegangen. Der Weinist weit in seinen weiteren Ausführungen auf den großen Rückgang unseres Viehstandes, auf den Rückgang der Einfuhr von Milch, Eiern, Butter und Käse hin. Mit den gestiegenen Preisen sind die Böden und Gehälter noch nicht in Einklang gekommen und das Schlimmste ist, daß wir noch nicht am Ende der Preisentwicklung angekommen sind.

Abg. Gerauer (Bayr. Vpt.) bedauert die geringe Wertung der schweren landwirtschaftlichen Arbeit. Die Landwirtschaft darf nicht als Sündenbock hingestellt werden. Der Vorschlag der Zurückhaltung und Verbilligung von Kartoffeln ist ein völlig ungerechtfertigter.

Minister Hermès teilt mit, daß bis zum Ende dieses Jahres ein Drittel der Zuckerproduktion freigegeben worden ist. Thomasmehl wird eingeführt. Die Schiffsproduktion liegt künstlich. Wir können auf 25 000—29 000 Tonnen in diesem Jahre rechnen. Ebenso wie im Jahre 1920 ist die Bevölkerung mit Wehl und Brot hinreichend versorgt. Was sie mehr braucht, kann sie sich an dem freigegebenen Brot und Wehl kaufen. (Unruhe links.) Für die Verbilligungsaktion sind für 7 1/2 Monate etwas über 3 1/2 Milliarden ausgegeben worden. Dieser Betrag wird noch stark erhöht werden müssen. (Hört! Hört! rechts.) Eine Erhöhung der Getreideumlage erscheint unüberführbar. Mit den 2 1/2 Millionen Tonnen ist die äußerste Grenze erreicht. Eine weitere Zwangsablieferung kann nicht erfolgen. Das Gesetz über die Getreideumlage hat sich bewährt. Die landwirtschaftlichen Organisationen haben sich für eine schnelle Abwicklung Anerkennung erworben.

Abg. Kemmele (Komm.) wendet sich gegen die Rechte, die an der Not des Volkes schuld sei. Notwendig ist die reifliche Durchführung der Zwangswirtschaft. Aufstände, wie in den letzten Tagen in Neudamm, sind immer die Vorläufer von Revolutionen.

Abg. Reich (Komm.) verlangt ebenfalls die Wiedereinführung der Zwangswirtschaft. Sämtlicher Grund und Boden muß Staatsgut werden, dann wird es besser werden.

Abg. Bachmeier (Bayr. Bauernbund) mißt dem wilden Handel die Schuld an den hohen Preisen zu. Er beklagt es, daß der Getreidepreis noch nicht den Weltmarktpreis erreicht habe. Die Kartoffelumlage lehnt er ab.

Abg. Krüger-Soppenrade (D.N.) verkennt die Gefahr nicht, die entsteht, wenn die Erregung der Bevölkerung immer noch steigt. Die Brotversorgung ist gesichert. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft hat den Rindviehbestand um 500 000, den Schweinebestand um 27 Millionen Stück erhöht, der Auftrieb hat sich vermehrt. Das wird sich auch in den Preisen äußern. Der Landwirt bekommt für bestes Fleisch höchstens 8—9 Mark für das Pfund, für Schweinefleisch 15 Mark. Der Landwirt ist also an den hohen Preisen nicht schuld. Wir wären ja traurige Mitmenschen, wenn wir nicht alles daran setzen, um unserem Volke zu helfen. Wir haben alles getan, um unsere Produktion zu steigern. Ertragungen können wir aber eine gute Ernte nicht. Unerhört ist es, wenn das Interalliierte Ein- und Ausfuhr eine Genehmigung für Ausfuhr von 11 000 Tonnern Kartoffeln nach Frankreich gibt. Die Geldentwertung ist nach der „Vossischen Zeitung“ hauptsächlich durch russische, böhmische und galizische Spekulationen verursacht. Von den Landwirten, die Wucher treiben, lauen wir uns los. Andere Landwirte haben aber hilflos eingegriffen und große Opferwilligkeit bewiesen.

Abg. Frau Schulz (Soz.) schildert im Schlußwort nochmals die Preissteigerung auf dem Lebensmittelmarkt, besonders bei Kartoffeln und Margarine. Damit schließt die Aussprache. Ein Mißtrauensantrag der Kommunisten gegen den Ernährungsminister Dr. Hermès wird gegen die Antragsteller und die Unabhängigen abgelehnt.

Die Anträge zur Ernährungsfrage gehen an den Volkswirtschaftlichen Ausschuss. Darauf verlag sich das Haus auf Freitag 1 Uhr. Tagesordnung: Kleine Vorlagen, Anfragen, Interpellationen über das Budget des Landes russischer Schiffe in Stettin. Schluß der Sitzung 1/8 Uhr.

gen und den Kopf hängen zu lassen, sondern wir müssen weiterarbeiten zum Wohle der Stadt.

Die deutschen politischen Parteien sind eifrig bemüht, sich umzustellen. Man trägt sich mit der Schaffung einer deutschen Einheitspartei (Schlesische Volkspartei). Daneben versucht man von einzelnen Parteien aus, Fühlung zu bekommen mit polnischen Parteien, eine Angelegenheit, die an und für sich noch nicht verdammenswert zu sein braucht; denn: wenn Ruhe und Frieden in Oberschlesien werden soll, muß der Versöhnungsgeist von beiden Seiten ehrlich im Auge behalten bleiben. So hat die Sozialistische Partei bereits den Bruderfuß mit den polnischen Genossen getauscht, und auch aus den Reihen der Zentrumspartei sind Bestrebungen im Gange, die ein Zusammengehen mit konfessionellen Gestimmungsgenossen auf polnischer Seite bezwecken. All diese Bestrebungen mögen sehr gut gemeint sein. Da sie aber gute Früchte zeitigen werden, mag dahingestellt bleiben. Bisher hat der Pole die Versöhnung, die man von deutscher Seite immer wieder anzubahnen versucht, nur in robuster und skrupelloser Weise zur Verfolgung seiner nationalen Ziele mißbraucht.

Wichtiger als alle politischen Traktationen, Verhandlungen und Versöhnungsaktionen, ist es, daß die deutsche Kultur auch in Oberschlesien wurzelschäftig bleibt und weiterlebt. Die deutschen Kulturgüter sind die Brücke, die das augenblicklich verlorene Oberschlesien mit dem deutschen Mutterlande untrennbar verbindet, trotz aller Grenzlinien und Grenzpfähle. Der junge ober-schlesische Dichter Alfons Handt hat dies kürzlich so gesagt:

„Sieh! Ich lache der Toren, die Grenzpfähle umreißen und verpflanzen wollen in unseren Herzen, die den Kompaß ursprünglichen Gefühls mit politischen Spitzfindigkeiten umstellen zu können glauben. Die dich, väterliche Scholle, wie Heilandsgewalt zerreißen wollen...“

Oberschlesien wird uns auch unter der Polentmaie niemals verloren gehen, wenn das deutsche Volk sich seiner Ehrenpflicht bewußt bleibt, den deutschen Kämpfern in des Reiches Schicksale, die heute umrandet ist von der slavischen Flut, immer neue Nahrung zuzutragen und sie zu stützen bei der Verteidigung ihrer deutschen Art. Eca.

Die gefährdeten Reichsbetriebe.

Das den „Deutschen Werken“ von seiten der Ueberwachungskommission der Entente drohende Schicksal ist geeignet, von neuem die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die gefährvolle Stellung zu richten, in die jeder Staatsbetrieb in Deutschland durch den Verfall der Friedensvertrag geraten ist. Bekanntlich hat der an der Spitze der Ueberwachungskommission stehende französische General Nolle bezüglich der früheren Staatsbetriebe der Decret- und Marineverwaltung, die in die „Deutschen Werke A.G.“ eingebracht und auf Friedensarbeit umgestellt worden sind, neuerdings Forderungen geltend gemacht, die diese Betriebe in kurzer Zeit zur Stilllegung bringen müssen. Stillgelegte Werke aber müssen nach Artikel 168 des Versailler Vertrages gerührt werden. Allen im Besitze des Reiches befindlichen Betrieben steht also durch den Friedensvertrag und seine Auslegung seitens der Entente das Schicksal der Zerstörung drohend vor Augen. Die „Deutschen Werke“ sind sogar der äußeren Form nach nicht einmal Staatsbetriebe. Aber da die Aktien dieser Gesellschaft sich sämtlich im Besitze des Reiches befinden, werden sie von der Entente als solche angesehen und behandelt. Den wirklichen Grund zu dem Vorgehen gegen die „Deutschen Werke“ bildet natürlich nicht die vorgeschätzte Furcht vor etwaiger Wiederrichtung zur Waffenfabrikation, sondern das Bestreben Englands, die deutsche Konkurrenz auf dem Weltmarkt nach Möglichkeit zu schwächen. Englands Handelsneid will es nicht dulden, daß in deutschen staatlichen Werkstätten Industrieerzeugnisse angefertigt werden, die zur Ausfuhr bestimmt sind und die englischen Konkurrenzwaren am Markt verdrängen können.

Über gerade weil die Entente die dem deutschen Reiches gehörenden Betriebe mit folgendem Maß verfolgt, müssen wir uns die Frage vorlegen, was von unserer Seite geschehen kann, um die Wirkung dieses Hasses und dieses rücksichtslosen Vorgehens auf die deutsche Wirtschaft möglichst abzuschwächen. Ein Sozialdemokrat, aber einer der wenigen kenntnisreichen und objektiv denkenden Männer unter ihnen, der frühere Staatssekretär Dr. August Müller, hat bereits vor längerer Zeit darauf hingewiesen, daß der Friedensvertrag der Entente die Möglichkeit gibt, alle sozialisierten Betriebe, die nur irgendwie als Staatsbetriebe anzusehen sind, unter ihre Kontrolle zu nehmen.

Deute sind es nur die Werkstätten der „Deutschen Werke“, also die Gießerei in Erfurt, die großen Spandauer Reichsbetriebe und das Werk Wolfgang in Danau, die das Diktat der Entente mit Vernichtung bedrohen. Man hat es leider verabsäumt, diese Betriebe rechtzeitig wieder in Privatunternehmungen umzuwandeln, weil eine solche Privatisierung von Staats-

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 8 Seiten.

betrieben unter der Herrschaft des Sozialisierungs Schlagworts unpopulär war. Man kann sich nun wohl aber ein Bild machen, welches Schicksal unserer Wirtschaft drohen würde, wenn nach sozialdemokratischen Wünschen ein großer Teil der deutschen Gesamtindustrie sozialisiert, d. h. zu Reichsbetrieben umgewandelt worden wäre. Jede Sozialisierung einer Industrie bedeutet heute nichts anderes, als sie auf Gnade und Ungnade der Entente auszuliefern. Ein Federstrich der Ueberwachungskommission und sie ist stillgelegt und Hunderttausende von Arbeitern haben ihren Erwerb verloren.

Das Schicksal, das jetzt den „Deutschen Werken“ und ihren zahlreichen Arbeitern und Angehörigen droht, steht auf jedem anderen sozialisierten Betriebe in Deutschland vor Augen, solange der Versailles Vertrag nicht aufgehoben ist. Bei jedem gewaltsamen Vorgehen gegen Deutschland, zu dem ja der Versailles Vertrag dem Feindbund Vorwände in Hülle und Fülle gibt, sind die sozialisierten und kommunalisierten Betriebe zum Zugriff des Gläubigers am meisten ausgelegt. Würde die Sozialisierung oder Kommunalisierung nach den sozialistischen Wünschen durchgeführt werden, so gäbe man damit Frankreich eine überaus bequeme Handhabe, auf Kosten der Lebensinteressen des deutschen Volkes mit völkerrechtlich zulässigen Mitteln, also ohne Eingriff in das durch Völkerrecht geschützte Privateigentum sich teilweise bezahlt zu machen. Wenn die Sozialdemokratie die Maßnahmen ihres eigenen Parteigenossen, August Müller, sich zu Herzen genommen hätte, so würde sie ihre ganze Sozialisierungs- und Kommunalisierungspropaganda völlig eingestellt haben, bis es einmal gelungen ist, den Versailles Vertrag entsprechend zu revidieren, denn wer unter der Herrschaft dieses Vertrages in Deutschland für die Sozialisierung irgendwelcher Privatbetriebe Propaganda macht, arbeitet der Entente in die Hände. Er macht unsere Produktion und die Existenz der Arbeiter und Angestellten völlig von der Gnade der Entente abhängig, die unsere Industrie und unseren Weltmarkt nach wie vor mit Neid und Haß verfolgt. Die Sozialisierungspropaganda mögen sich vielleicht bisher über diese Konsequenzen ihres Tuns nicht genügend klar gewesen sein. Das Vorgehen gegen die „Deutschen Werke“ muß ihnen aber endlich die Augen öffnen. Sie müssen jetzt erkennen, wie ernst die Maßnahmen August Müllers zu nehmen sind. Solange unsere früheren Feinde den Wirtschaftskampf gegen die deutsche Industrie und die deutsche Arbeit, den der Versailles Vertrag sanktioniert und verewigt, nicht aufgibt, solange gefährdet jede Sozialisierungs- oder Kommunalisierungsmaßnahme die Lebensinteressen unserer Industrie und ihrer Arbeiter und Angestellten.

Protest gegen die französische Zerstörungswut.

1. Offen, 17. Nov. Die Arbeiterräte der Krupp-W.G. protestierten in einem langen Schreiben an General Nollet gegen die beschleunigte Zerstörung von Maschinen, die ausschließlich zur Herstellung von Friedensmaterial dienen und zur Ausrüstung höherer volkswirtschaftlicher Bedarfsmittel dringend benötigt werden. Die Anordnung der Zerstörung von Maschinen wird als eine unverantwortliche, vom wirtschaftlichen Egoismus diktierte Maßnahme bezeichnet, die geeignet sei, die deutsche Wirtschaft und damit die deutsche Arbeiterschaft auf das schwerste zu schädigen.

Glossen zum „Kaufmann von Venedig“.

Von Otto Reuschel, Dramaturg am Landestheater.

„Der Kaufmann von Venedig“ gehört zu den Werken Shakespeares, die am frühesten auf deutschen Bühnenboden saßen. Schon bei den englischen Komödianten, die im 17. Jahrhundert Deutschland durchstreiften, finden wir seine Spur, ehe der große Schröder in Hamburg ihn 1777 (am 24. November) zum erstenmal aufführte. Ihm folgten recht spät erst die andern führenden Theater, so Berlin erst 1810, Goethe in Weimar 1811, Schreyvogel in Wien 1827, später Zimmermann in Düsseldorf. Das Karlsruher Hoftheater bringt das Stück zum erstenmal am 26. Februar 1828; die Theaterzettel dieser und der folgenden Aufführungen nennen glänzende Namen, wie den der Madame Daubinger als Portia, Karl Devrient's (des Bruders Eduards) und Desrois als Bassanio. Denner, der durch Bildung und Gewissenhaftigkeit ausgezeichnete Darsteller, ist der erste Karlsruher Shylock.

Durch Eduard Devrient, dessen Shakespeare-Pflege nicht allgemein der verdienten Würdigung durch sein damaliges Publikum begegnete, erfolgte vor nunmehr 68 Jahren, am 7. Juni 1853, die erste sorgfältige Reuinzensierung, und unter späteren Vätern in der Rolle des Shylock erscheint auch Otto Rehsfeld aus Weimar, einer der typischsten Vertreter jenes alten Komödiantentums, denen ihr privates Leben zu einer fortlaufenden Kette von Dramen wurde, in denen sie von Tag zu Tag die Hauptrollen agierten und in Freund und Feind der wechselnden Begebenheiten sich leicht genossen. Rehsfeld gehörte zweifellos zu jenen großen Charaktermalern jener Epoche, für die „Der Kaufmann von Venedig“ seinen Titel zu Unrecht führte und eigentlich „Der Jude von Venedig“ heißen sollte, denn in ihrer Auffassung waren Shylock und sein Schicksal der Brennpunkt des dramatischen Geschehens und alles andere nur untergeordnetes Beiwerk, das bis auf das Normendüngele zu beschränkt sei. Bogumil Davison, der große Dresdener Charakterspieler, der — angeblich als erster — den ganzen letzten Akt des Werkes einfach wegließ, konnte sich indes nicht seinen geliebten Kollegen, die, wie noch jetzt ein Vossart, dem bösen Beispiel folgten, auf seine Autorität ersten Ranges, nämlich auf seinen Ge-

Französische Drohungen.

1. Paris, 17. Nov. Der Berliner Berichterstatter des gut unterrichteten Blattes „Echo de Paris“ teilt seinem Blatt folgendes mit: Die in Berlin weilende Kriegsschadungskommission der Entente (Reparationskommission) hat der deutschen Regierung erklärt, daß nach den Ergebnissen ihrer Untersuchung Deutschland in der Lage sei, die im Januar fällige Zahlung ohne Abzug zu leisten (1). Die deutsche Industrie müsse der Regierung durch Vergeben der ausländischen Geldmittel, die sich im Besitz der Großindustrie befinden, zu Hilfe kommen. Die Großindustrie hätte sich zu entscheiden, ob sie diese Hilfe leisten wolle oder ob sie es vorziehe, durch den Druck der Alliierten und die von der Regierung vorgezeichnete Beschlagnahme des Privatbesitzes gezwungen zu werden.

Reparationskommission und Januarzahlungen.

(Eigener Drahtbericht.)

1. Berlin, 17. Nov. Ueber die Verhandlungen der Reparationskommission verläutet von unterrichteter Seite, daß man mit einer halbtägigen Abreise der Kommission rechnet. Vermutlich dürften sich die Mitglieder der Reparationskommission schon am Anfang nächster Woche nach Paris zurückbegeben. In Paris soll dann die endgültige Entscheidung über die Frage der Januarzahlungen gefällt werden. Es könne nicht damit gerechnet werden, daß die Kommission diese Entscheidung noch während ihres Aufenthaltes in Berlin treffen werde, da die Mitglieder der Reparationskommission nur zu Informationszwecken nach Berlin gekommen sind. Nach der Stimmung innerhalb der Kommission zu urteilen, habe sich die Aussicht auf eine Einigung der Januarrate sehr erheblich verringert. Die Reparationskommission erwarte jetzt von der Reichsregierung die Vorlage eines Zahlungsprogramms für die nächsten Termine. Erst nach der Prüfung dieses Zahlungsprogramms werde die Reparationskommission ihre Beschlüsse fassen.

Besprechungen über die Reparationsfrage.

1. Berlin, 17. Nov. Wie das „Berliner Tagblatt“ hört, fand heute vormittag beim Reichskanzler eine Besprechung der an der Reparationsfrage beteiligten Ressorts statt. Anwesend waren neben dem Reichskanzler selbst der Reichsfinanzminister Dr. Hermes, der Reichswirtschaftsminister Schmidt, die Staatssekretäre Schröder, v. Simson und Birk, sowie eine Reihe weiterer leitender Beamter der drei Reichsministerien. Beschlüsse sind in den Besprechungen mit der Reparationskommission nicht gefaßt worden. Man wird sich noch einige Tage gedulden müssen, bis die Angelegenheit im ganzen übersehen werden kann.

In McKennas Rede in Chicago.

„Manchester Guardian“ sagt über McKennas Rede in Chicago: Man sollte denken, daß es bald niemanden mehr gäbe, der noch an die Möglichkeit der Bezahlung der ungeheuren Papierschulden der verschiedenen Staaten glaube. Vom internationalen und wirtschaftl. Standpunkt aus würde die vollständige Aufhebung jeder Staatsschuld, die seit Ausbruch des Krieges eingegangen sei, eine lächerliche, aber wahrhaftig sehr befriedigende Lösung des Problems sein. Nur sieht kein Staat die Sache in einem uninteressierten Licht. Jeder denkt zuerst an die eigenen Interessen, und nicht zwei Staaten haben die gleichen. Aber der Unterschied ist doch nicht so groß, wie man im ersten Augenblick denkt. Die Aufhebung wird nicht, wie man jetzt erkennt, nur für die Schuldner-Nationen eine Wohltat sein, sondern auch, besonders in einer Zeit großer Handelsdepression und Arbeitslosigkeit, für die Gläubiger-Nationen. McKenna

angibt, die Rückzahlung unserer Kriegsanleihen wird vielleicht mehr Fluch als Segen bedeuten. In nicht zu langer Zeit werden die Dinge reif sein zu einer allgemeinen internationalen Erledigung. Es wird eine sehr schwierige Aufgabe sein und für uns zu lange währen. Würde es da nicht besser sein, auf eigene Verantwortung hin und in unserm eigenen Interesse zu handeln?

Der Wiederaufbauvertrag.

Paris, 17. Nov. Der Wiederaufbauminister Loucheur hat vor der Finanzkommission des Senats Bericht über das soeben abgeschlossene Abkommen erstattet. Er erklärte, daß die Gültigkeit des Abkommens von drei Bedingungen abhängig sei, nämlich von der einstimmigen Zustimmung der Alliierten, von der Zustimmung der Kammer und von der Fähigkeit der deutschen Regierung, Deutschland vor dem Bankrott zu bewahren. Nach den Erklärungen Loucheurs hat sich eine Debatte entwickelt, in der die Fragen gestellt wurden: Müssen wir Zahlungen in natura annehmen? Können wir diese Lieferungen mit den Interessen Deutschlands und den Notwendigkeiten unserer Industrie in Einklang bringen? Auf diese Fragen habe Minister Loucheur bejahend geantwortet.

Minister Loucheur soll auch erklärt haben, daß nach seiner Ansicht der Zustand der Welt bereits alle Voraussetzungen überschritten habe und daß jedenfalls eine Wendung eintreten werde.

Die Kredithilfe.

Reichsregierung und Industrieangebot.

(Eigener Drahtbericht.)

1. Berlin, 17. Nov. Ueber die Stellungnahme der Reichsregierung zu den Forderungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie verbreitet die „Tägliche Rundschau“ eine Darstellung, aus der hervorgeht, daß man es nicht mit einer prinzipiellen Ablehnung der Vorschläge seitens der Reichsregierung zu tun hat, und daß keineswegs alle Brücken zu weiteren Verhandlungen abgebrochen sind. Das genannte Blatt schreibt: „Im Beisein des Reichskanzlers hat sich der Reichsausschuß der Zentrumspartei mit den Vorschlägen des Reichsverbandes der deutschen Industrie beschäftigt. Man kam ziemlich einmütig zu der Auffassung, daß man über die Richtlinien des Reichsverbandes erst verhandeln könne, wenn diese einer Umformung unterworfen sein würden. Zu einer solchen Umformung dürfte es wohl auch kommen, wenn die Besprechungen des Reichsverbandes mit den Organisationen der Landwirtschaft und des Handels, die bereits aufgenommen sind, zu einem positiven Ergebnis kommen würden. Die Industriellen legen großen Wert darauf, daß auch die Vertreter der Arbeitnehmer-Gruppen diskutable Gegenansprüche vorlegen. Ebe die Reichsregierung offiziell zu dem Schritt der Industrie Stellung nimmt, wird sie noch abwarten, ob die geplante Abänderung des Kreditprogramms den Weg jählicher Verhandlungen mit den ausländischen Arbeitnehmerorganisationen eröffnet.“

Die Eisenbahner gegen Entstaatlung.

1. Berlin, 17. Nov. Der Deutsche Eisenbahnerverband hatte gestern am Vortag eine Kundgebung gegen die Privatisierung der Reichs- und Staatsbahnen ausgearbeitet, die u. a. folgende Forderung enthält: Die Verarmten erheben energischen Protest gegen die Enteignung und Auslieferung des Machtfaktors des Verkehrs an die Großindustrie. Sie erklären, daß sie seit entschlossen sind, der evtl. Durchführung dieses Planes der deutschen Industrie mit dem Generalstreik sofort zu antworten.

Forderung der Entstaatlung der Staatsbetriebe auch in Frankreich.

Paris, 17. Nov. Im französischen Parlament werden zurzeit Steuerfragen besprochen; die Regierung fordert neue Steuern. Die Gegner der Steuern erklären natürlich Deutschland soll zahlen, und wenn es nicht zahlen könne oder wolle, soll Frankreich das Kohlengebiet an der Ruhr besetzen. Gleichzeitig erheben sich Stimmen gegen die Zustände in den Staatsbetrieben, die mit Verlusten arbeiten. Das Tabakmonopol solle jährlich 250 Millionen Francs. Die Post- und Telegraphenverwaltung werde dieses Jahr ein Defizit von 400 Millionen Francs erheben. Ein von 273 Abgeordneten unterzeichneter Gesetzentwurf fordert die Entstaatlung der Postverwaltung.

Polen und Deutschland.

1. Paris, 17. Nov. Der polnische Ministerpräsident hat einem Berichterstatter des „Matin“ seine Ansicht über die künftigen Beziehungen zwischen Polen und Deutschland mitgeteilt. Er erklärte: Die unheilvolle Spannung, die zwischen Polen und Deutschland bestand, hat nun ein Ende. (?) Wir können jetzt mit Deutschland in ein regelrechtes Nachbarverhältnis kommen.

Politisch war Polen durch seine Allianz mit Frankreich gebunden und wird, soweit es sich um Deutschland handelt, sich d r r a n z ö s i s c h e n Politik gegen Deutschland anpassen müssen.

Der Pole denkt sich die Sache doch sehr einfach. Auf der einen Seite erklärt er, die Spannung habe ein Ende, auf der anderen Seite kündigt er an, daß sich Polen der französischen Vernichtungspolitik gegenüber anpaßt! Von einem Ende der Spannung kann da keine Rede sein, sondern nur von unerbittlicher Feindschaft.

Polnischer Nachzügler.

Kowno, 17. Nov. Die Polen sind in die neutrale Zone bei Cusack (Gouvernement Suwalki), drei Kilometer tief eingedrungen und bedrohen die litauische Bevölkerung, die die Hilfe des Völkerbundes angerufen hat.

Der Vorsitzende der deutsch-polnischen Kommission.

Berlin, 17. Nov. Dem Vertreter der deutschen Regierung in Genf ist vom Sekretär des Völkerbundes mitgeteilt worden, daß der Vorsitzende der Vorkonferenz in Paris die Ernennung des schwedischen Botschaftsrats Calonder zum Vorsitzenden der deutsch-polnischen Kommission für die Wirtschaftsverhandlungen über Oberösterreich amtlich bekannt gegeben habe. Bundesrat Calonder hat die deutschen Bevollmächtigten für diese Verhandlungen, Reichsminister a. D. Schiffer und Staatssekretär a. D. Kewal, zu einer Besprechung eingeladen, die am 23. November in Genf stattfinden soll.

Bundesrat Calonder wird nachgeant, daß er für die Wünsche der Entente mehr Interesse zeige als für Deutschlands Lage.

Fortsetzung der deutsch-polnischen Verhandlungen in Wien.

(Eigener Drahtbericht.)

e. Wien, 17. Nov. Zwischen Deutschland und Polen ist eine Einigung dahingehend erzielt worden, daß die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen nur ihre erste Tagung in Genf abhalten. Die weiteren Verhandlungen werden in Wien stattfinden und zwar als Salutaratrum.

Scene bekommt man auf den Bühnen nie mehr zu sehen. Ist sie wirklich so unwesentlich? — Antonio's bitterer Entschluß zum demütigen Verzicht auf alles, was ihn in seinen Augen hoch über diesen trübsüchtigen Widersacher stellte, ist die notwendige innere Umkehr, ist seine Entschöpfung von Schuld und Unrecht, die er, der sich einst so erhoben dünnte, der es im Vollgefühl seines nie verlassenen Glückes für vornehm hielt, Melancholie zu affektieren, auf sich geladen hat.

Shylock verachtet sich dem Gebot der Gnade. Er begreift ihre Sprache gar nicht, ist taub und stumm für diese Klänge. Er will nichts als Rache bis zum äußersten. — Frauenlist entnimmt ihm das schon gezückte Messer. Sein klares Recht hat er selbst bejubelt durch tierische Brutalität. Sein autes Recht ward schreiendes Unrecht. Und dann — nicht in innerer Umkehr, nicht in Demut winzelt er dann um sein Leben; die Wohlthat der Gnade, die es ihm schenkt, bemist er an der Größe des materiellen Besitzes, der ihm verbleibt. — Im Eifer der Andern aber, ihn mit Gewalt aller möglichen Gnaden teilhaftig zu machen, spüren wir wieder das mit-ironische Lächeln des Dichters. Um ihn auch im Ueberquellenden liebreichen Erbarmens — er mag wollen oder nicht — mit dem ewigen Seelenheil zu begnügen, soll Shylock solesch das Rippenbrennen zum Christenlauben ablegen. Wer dürfte das als einen Akt der Strafe nehmen! Es ist jener andre Geist der Menschlichkeit, von dem Benedigs Doge sagt, daß er Wollen und Tun derer lenkt, die ihre Feinde lieben.

Und des Dichters Meinung? — Lanzelot Gobbo, jener bedehende Burche, der Gewissensfragen ohne viel Federlesens glatt zu läsen weiß, spottet kurz vorher: „Dies Christenmännchen wird den Preis der Schweine feilern.“ — Wir sind in Shakespeares Welt mit ihren Wolfenwängeln, ihren Abgrundtiefen, ihren verschwimmenden Welten. In dieser Welt ist es Einkünftigen und Narren verfallen, zuweilen Worte zu sprechen, aus denen die Ahnung einer den Klagen verborgenen Wahrheit leuchtet.

Theater und Musik.

Die Missa solennis ließ auch bei der Wiederholung in der Festhalle eine sehr starke Zuhörerschaft herbeistellen. Vor Beginn des Werkes sang Redakteur Rudolph zwischen dem Schaffen

Bach's, Mozarts und Beethovens einen Vergleich, in dem er die Missa als das grandioseste Werk Beethovens pries, das, ohne eigentlicher Religion entworfen zu sein, doch die Sinnhaftigkeit an den Schöpfer in einer Weise und Innigkeit aufweist, wie sie nur ein ganz Großer in der Einfachheit gewinnen konnte. Die Annweilenden standen dem auch ganz im Sinn dieser gewaltigen Schöpfung, die unter Corto's Leitung mit den aufgetriebenen Kräften neuerdings zu einem eindrucksvollen erhabenen Gesehnis wurde.

Dialektpremieren in Leipzig. Aus Leipzig schreibt unser Korrespondent: Der Himmel mag wissen, in welcher Verlegenheit das Leipziger Schauspielhaus war, als es zu einem Aufführungsplan „aufzumachen“. Unter dem Titel „Morde und Sünde“ kam das plattdeutsche Fischestück in einem Akt: „Gilt Gohrs“ von Gorch Gohr zur Ausführung. Das Stück des in der Stager, raskhaft gefallenen Dichters hat außer an plattdeutschen Vereinsbühnen noch kein Rampenlicht gesehen. Der Einakter ist als lehrhafte Propaganda gegen den Alkoholmißbrauch in Pilsnerkreisen aber auch als brauchbares bühnengerechtes Milieu- und Dialektstück hinzunehmen — dann aber kam der Süden, brachte aber keine Noien. Er brachte eine dreifaktige Tiroler Bauernkomödie von Friedrich Neubauer, „Der Hünerhof“. Friedrich Neubauer, ehemaliges Mitglied des Leipziger Schauspielhauses hat dieses Stück 1911 wunderbarer Weise bei S. Fischer verlegt. Dem Schauspielhaus bei S. Fischer vorbehalten, dieses verlegte Stück wieder auszuführen und zur Aufführung zu bringen. Ein Wittmann in einem Tiroler Dorf macht den feinen Keil und 7 Frauenstücke, ebenso viele Kinder. Der „Gahn im Korbe“ aber in jeder Beziehung über seine Kräfte gehoben ist, wird zuletzt furchtbar gerührt. Ein sacher Nachhörer der betrogenen Weiber, die unter Führung der Dorf-Gewamme sich zwecks Weiterführung von Klimenten zusammengezogen haben, macht dem bedauerlichen Stück ein Ende. Es war trotz guter Darstellung, die unter der Regie des Autors stand, nichts zu retten.

Bedefinds „Erdeit“ in Italien. In Turin ist zum ersten Male in Italien Franz Bedefinds „Erdeit“ in italienischer Uebersetzung aufgeführt worden. Die drei ersten Akte des Stückes wurden von dem ausverkauft-

Beiden Teilen ist der Schweizer Boden zu...

Die polnische Bevölkerungszahl.

Warschau, 17. Nov. Nach amtlichen Angaben...

Die Angst vor Kache.

Washington, 17. Nov. In einer Unterredung...

Paris, 17. Nov. Der 'Temps' beschäftigt sich...

Zeichen der Abrüstung!

London, 17. Nov. Englische Blätter melden...

Washington, 17. Nov. Der Sonderbericht...

Washington, 17. Nov. In der heutigen...

Kunst und Wissenschaft.

Neue Ehrendoktoren. Von der Technischen...

Ernung Gerhart Hauptmanns in Wien. Gerhart...

eine Flottenrüstungsphase eintreten zu lassen.

Die Kriegsschulden an Amerika.

London, 17. Nov. Ein hoher britischer Beamter...

Lord Derby und die französische Alliance.

„Manchester Guardian“ schreibt: Es ist merkwürdig...

Reichstagspräsident Loebe rechnet mit Reichstagsauflösung.

Breslau, 17. Nov. Auf dem Mittelschlesischen...

Ministerpräsident Braun über die politische Lage.

Der preussische Ministerpräsident Braun sprach...

Hugues über den Fernen Osten. (Eigener Drahtbericht.)

Der Ministerpräsident Braun über die Regierungskoalition...

umstellen. (Zuruf der Kommunisten: Stimmes!)...

Der preussische Ministerpräsident Braun gehört...

Deutsches Reich.

Die preussische Vierpartei-Regierung.

Berlin, 17. Nov. Der preussische Landtag hat...

Eine bayerische Gefandtschaft in Stuttgart.

München, 17. Nov. Bayern plant die Errichtung...

Aus dem sächsischen Landtag.

(Drahtmeldung aus Dresden.) Dresden, 17. Nov. Heute kam im sächsischen...

Die endgültige amtliche Zählung hat festgestellt...

Landwirte und Politik.

Mainz, 17. Nov. In der Delegiertenversammlung...

Ein Nachruf Dr. Heims an die Landwirte.

München, 17. Nov. In Ingolstadt fand eine...

Neue Plünderungen in Berlin.

Berlin, 17. Nov. Die Plünderungen von...

Verchiedene Drahtmeldungen.

Der Markkurs in Zürich.

Zürich, 17. Nov. Die heutige Schlussnotierung...

Brandkatastrophen bei Mainz und Wiesbaden.

Mainz, 17. Nov. In der Zellulosefabrik...

gaben 12 Todesopfer. An Verwandten wurden...

Ueberfall auf einen volksparteilichen Abgeordneten.

Frankfurt a. M., 17. Nov. Reichstagsabgeordneter...

Ein neuer Kommunistenprozeß.

Leipzig, 17. Nov. Am heutigen Donnerstag...

Ausverkauf in der sächsischen Lausitz.

Dresden, 17. Nov. Der Ausverkauf der sächsischen...

Bierpreiserhöhung in Bayern.

München, 16. Nov. Der bayerische Brauerbund...

Der Münchener Karneval.

München, 16. Nov. Wie die Blätter melden...

Von den ehsch-lothringischen Bahnen.

Saarburg, 16. Nov. Der Gemeinderat hat...

Komplotz gegen die Königin von Griechenland.

Belgrad, 17. Nov. In Keflavik ist ein Komplotz...

Vom Wetter.

Betternachrichtendienst der bad. Landeswetterwarte...

Table with columns: Ort, Luftdr., Wind, Regen, etc. for various locations.

Beobachtungen badischer Wetterstationen 7. morgens

Table with columns: Station, Wind, Regen, etc. for Baden stations.

Allgemeine Witterungsübersicht.

Das ausgedehnte Hochdruckgebiet über Nord-

Wetterausichten bis Freitag, den 18. November.

Fortdauer des meist heiteren Frostwetters...

Nebel-Wasserstände morgens 6 Uhr.

Table with columns: Station, Wasserstand.

Tagessanzeiger.

Freitag, den 18. November 1921. Landestheater: Verlebte Einlast. 7 Uhr.

Die neue badische Befolungsordnung.

Dem Landtag ist heute der Gesetzentwurf über die Änderung des Befolungsgesetzes zugegangen. Der Gesetzentwurf entspricht im allgemeinen dem vom Reichstag am letzten Freitag verabschiedeten Befolungsgesetz für die Reichsbeamten. Die badische Regierung hatte anfänglich erhebliche Bedenken, die im Reichsentwurf vorgeschriebenen Bestimmungen unverändert in ihren Entwurf zu übernehmen und erachtete insbesondere die Grundätze in den 6 untersten Gruppen als zu niedrig, dagegen in Gruppe 13 und bei den Einzelgehältern als zu hoch. Ihr Antrag auf Einführung von Mindestverdienststufen für die 6 unteren Klassen, wenn nötig auf Kosten der Gruppe 13 oder der Einzelgehälter, wurde aber im Reichsrat abgelehnt, dessen Standpunkt sich die meisten übrigen Gliedstaaten angeschlossen. Die Reichsregierung war der Ansicht, daß man tunlichste Besserstellung der untersten Klassen anstreben müsse, aber nicht in Verbindung einer Herabsetzung der oberen Klassen. Eine Erhöhung der Grundgehälter der 6 unteren Klassen bedinge auch die der Gruppen 7-9.

Mit der Schaffung der jetzigen Befolungsordnung im Reich ist gleichzeitig der Beschluß gefaßt worden, in eine sofort aufzunehmende Maßnahme der Befolungsordnung einzutreten. Da eine solche Nachprüfung in Höhe erwartet wird, hat die badische Regierung die durch das Befolungsgesetz an das Vorgehen des Reichs gebunden ist, in den bad. Entwurf die Höhe für die Reichsbeamten aufgenommen, dagegen bei den Einzelgehältern niedrigere Grenzen festgesetzt.

Der Drucksatz ist gegenüber den geltenden Sätzen ebenfalls erhöht worden und zwar in den höheren Drucksätzen etwas mehr als in den niederen.

Die Kinderzuschläge betragen nunmehr in allen Drucksätzen monatlich einsechzig, des Teuerungszuschlags für Kinder bis zu 6 Jahren 180 Mark, für Kinder zwischen 6 und 14 Jahren 240 Mark, für Kinder zwischen 14 und 21 Jahren 300 Mark.

Der Teuerungszuschlag soll künftig zu dem Grundgehalt, dem Drucksatz und den Kinderzuschlägen in verhältnismäßig gleicher Höhe sein, da sich die Teuerungszuschläge in Stadt und Land immer mehr annähern. Kassen gesellen wurde in dem neuen Gesetz die bei der letzten Erhöhung der Teuerungszuschläge eingeführte unterschiedliche Behandlung der außerplanmäßigen weislichen Beamten, für die die gleichen Bestimmungen gelten, wie für die männlichen.

Die Grundgehälter — ohne Drucksatz, Kinderzuschlag und Teuerungszuschlag — sind nach dem neuen Gesetzentwurf folgende:

Gruppe 1: Anfangsgehalt 7500 Mk., nach je 2 Jahren um je 600 Mk. steigend bis zum Höchstgehalt nach 16 Dienstjahren in Höhe von 12 000 Mk.

Gruppe 2: Anfangsgehalt 10 000 Mk., nach je 2 Jahren um je 400 Mk. steigend bis zum Höchstgehalt nach 16 Dienstjahren in Höhe von 18 000 Mk.

Gruppe 3: Anfangsgehalt 11 500 Mk., nach je 2 Jahren um je 500 Mk. steigend bis zum Höchstgehalt nach 16 Dienstjahren in Höhe von 15 000 Mk.

Gruppe 4: Anfangsgehalt 12 500 Mk., steigend wie Gruppe 3 bis 16 000 Mk.

Gruppe 5: Anfangsgehalt 13 500 Mk., steigend wie bei Gruppe 3 bis 17 000 Mk.

Gruppe 6: Anfangsgehalt 14 500 Mk., nach den ersten 6 Jahren um 700 Mk., dann um je 600 Mk., steigend bis 19 500 Mk.

Gruppe 7: Anfangsgehalt 16 000 Mk., nach den ersten 2 Jahren um 900 Mk., dann je 800 Mk., steigend bis 22 500 Mk.

Gruppe 8: Anfangsgehalt 18 000 Mk., in den ersten 10 Jahren um je 1200 Mk., und in den letzten 4 Jahren um je 1000 Mk., steigend bis 26 000 Mk.

Gruppe 9: Anfangsgehalt 21 000 Mk., in den ersten 12 Jahren um je 1500 Mk., und in den letzten 2 Jahren um 1000 Mk., steigend bis 31 000 Mk.

Gruppe 10: Anfangsgehalt 25 000 Mk., in den ersten 6 Jahren um je 1800 Mk., und in den letzten 4 Jahren um je 1600 Mk., steigend bis 37 000 Mk.

Gruppe 11: Anfangsgehalt 30 000 Mk., nach je 2 Dienstjahren um 2000 Mk., steigend bis zum Höchstgehalt nach 14 Jahren in Höhe von 44 000 Mk.

Gruppe 12: Anfangsgehalt 38 000 Mk., nach je 2 Dienstjahren um 3000 Mk. steigend, vom 2. bis 12. Dienstjahr um 4000 Mk., bis zum Höchstgehalt nach 12 Dienstjahren in Höhe von 57 000 Mk.

Gruppe 13: Anfangsgehalt 53 000 Mk., in den ersten 6 Jahren um je 7000 Mk., in den letzten 2 Dienstjahren um 6000 Mk., steigend bis zum Höchstgehalt nach 8 Jahren in Höhe von 80 000 Mk.

Die Einzeljahresgehälter sind: 80 000 Mk. für den Präsidenten der Wasser- und Straßenbauverwaltung, den Präsidenten der Kreisbauverwaltung, für die Landgerichtspräsidenten in Karlsruhe und Mannheim, und für den Generalstaatsanwalt beim Oberlandesgericht. 60 000 Mk. für Ministerialdirektoren, für den Verwalter in Berlin, für den Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofs, für den Präsidenten der Rechnungskammer. 120 000 Mk. für Minister, dazu ein Aufwandsgehalt von jährlich 20 000 Mk. 130 000 Mk. für den Staatspräsidenten, dazu ein Aufwandsgehalt von jährlich 35 000 Mk. Die außerplanmäßigen Beamten erhalten die Hundertste des Anfangsgehalts derjenigen Gruppe, in der der Beamte beim regelmäßigen Beschäftigungsdienst zuerst planmäßig angestellt wird, in der bisherigen Hundertstelschöhe.

Der Drucksatz lag beträgt in den Klassen von A bis E

bei einem Grundgehalt bis 11 500 Mk. 3200, 4000, 2000 und 1200 Mk., und ruhegehaltsfähig 2080 Mk.,

bei einem Grundgehalt bis 12 700 Mk. 4000, 3000, 2000 und 1500 Mk., und ruhegehaltsfähig 2800 Mk.,

bei einem Grundgehalt bis 15 200 Mk. 4800, 3500, 2400 und 1800 Mk., und ruhegehaltsfähig 3120 Mk.,

bei einem Ruhegehalt bis 16 900 Mk. 5000, 4200, 3500, 2800 und 2100 Mk., und ruhegehaltsfähig 3640 Mk.,

bei einem Grundgehalt bis 25 500 Mk. 6400, 4900, 4000, 3200 und 2400 Mk., und ruhegehaltsfähig 4160 Mk.,

bei einem Grundgehalt bis 38 000 Mk. 7200, 5400, 4500, 3800 und 2700 Mk., und ruhegehaltsfähig 4880 Mk.,

bei einem Grundgehalt über 38 000 Mk. 8000, 6000, 5000, 4000 und 3000 Mk., und ruhegehaltsfähig 5200 Mk.

Der Mehraufwand Badens durch das neue Befolungsgesetz.

Der aus dem neuen Befolungsgesetz ergebende jährliche Mehraufwand wird für Baden unter Zugrundelegung eines 20prozentigen Teuerungszuschlags schätzungsweise betragen

für die planmäßigen Beamten und Lehrer rund 238 Millionen,

für die außerplanmäßigen Beamten rund 37,2 Millionen,

für die zurubegeleiteten Beamten rund 28,7 Millionen,

für die Beamtenhinterbliebenen 15,6 Millionen.

Zusammen also 319,5 Millionen Mark. Der Mehraufwand, der Baden durch die Erhöhung der Teuerungszuschläge entfallen ist, soll, soweit die für die Befolungsaufbesserung erforderlichen Beträge nicht anderweitig zur Verfügung stehen, durch Vorstöße des Reichs schon jetzt in Anrechnung auf die später zu erwartenden Mehreinnahmen an Uebermehrssteuern vierteljährlich im Voraus zur Verfügung gestellt werden. Den etwa fehlenden Betrag will das Reich auf Grund von zwischen dem Reich und den Ländern vereinbarten Abkommen als Zuschuß übernehmen. Den Gemeinden, die nicht imstande sind, die ihnen aus der Neuordnung der Beamtengehälter erwachsenden Mehrkosten selbst zu tragen, soll das Reich die erforderlichen Vorstöße leisten. An diesen Zuschüssen wird sich das Reich beteiligen. Die durch das vorliegende Gesetz verursachten weiteren Ausgaben für Beamtenbefolgung betragen dem bad. Staat eine ganz außerordentliche Mehrbelastung, die in parvamäße Viralität im ganzen Staatshaushalt nötig machen. Im nächsten Staatshaushalt wird es deshalb auch ganz unmöglich sein, neue Beamtenstellen anzufordern oder Stellenumwandlungen oder Höherstellungen vorhandener Stellen durchzuführen.

Badische Politik.

Aus der Deutschen Volkspartei.

Der Geschäftsführende Ausschuss der Deutschen (liberalen) Volkspartei, Landesverband Baden, hielt gestern nachmittags eine Sitzung ab, in der er zur Frage der Regierungsbildung in Baden und der großen Koalition Stellung nahm. Die in einem Antrag niedergelegten Richtlinien wurden allgemein gutgeheißen.

Die Sorge für die Pensionäre.

Dem badischen Landtag wird demnächst von der Regierung ein Gesetzentwurf zugehen, durch den die Bezüge der Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebenen ab 1. Oktober 1921 neu geregelt werden.

Tagung des Zentralverbandes der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Süddeutschlands.

Am letzten Sonntag fand in Karlsruhe eine Konferenz des Zentralverbandes der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Süddeutschlands für den Bezirk Süddeutschland statt. Bezirksleiter Fabender aus Karlsruhe eröffnete den Geschäftsbericht, dem zu entnehmen ist, daß die Zahl der Ortsgruppen mit 18 am 1. Januar 1914 und 463 Mitgliedern auf 46 am 1. November 1921 und 2981 Mitgliedern gestiegen ist. Der Bezirksleiter machte ferner die Mitteilung, daß die Mitgliederzahl jetzt auf 3100 gestiegen ist. Der Verband ist an einer Reihe von Tarifen beteiligt. Die unzulänglichen Wohnverhältnisse im Bezirksgebiet weisen die Kreisstraßen- und Wegewärter Badens auf. Um ihre traurige Lage erträglicher zu gestalten, wurde beantragt, bei der badischen Regierung Schritte zu unternehmen, um mit Hilfe des Staates die Lage der Kreiswärter erträglicher zu gestalten. Der Tätigkeitsbericht wurde genehmigt und der Verbandsleitung Anerkennung gesagt. Sodann sprach der Zentralvorsitzende Dehnbach über die Grundätze und Ziele der christlichen Gewerkschaften.

Verurteilung wegen Beleidigung badischer Richter.

Die „Chemnitzer Volksstimme“ hatte in ihrer Ausgabe vom 26. Juli 1921 unter der Ueberschrift „Unerhörte Parteilichkeit“ das Urteil des Landgerichts Karlsruhe besprochen, das den badischen Landesstaatsanwalt zur Weiterzahlung des Gehalts an den aus dem badischen Staatsdienst wegen Verweigerung des Eides auf die neue Verfassung entlassenen Amtmann Baumann verurteilte, weil es zu dem Endergebnis kam, daß die Dienstentlassung mangels der Einhaltung der gesetzlichen Formvorschriften nicht gültig sei. Die Behauptung der „Chemnitzer Volksstimme“, die auch in andere Blätter übergegangen ist, enthält schwere Beleidigungen der an dem Urteilspruch beteiligten Richter.

Das Schöffengericht Chemnitz hat nun am 18. Oktober 1921 auf den Strafantrag des badischen Justizministeriums den verantwortlichen Schriftleiter der „Chemnitzer Volksstimme“ zu der höchsten nach dem Gesetz zulässigen Geldstrafe von 600 Mark sowie zu den Kosten verurteilt und dem bad. Justizministerium die Verurteilung der Veröffentlichung in der „Chemnitzer Volksstimme“ zugeflogen. Das Gericht hat ferner festgestellt, daß die in dem Artikel enthaltenen schwer beleidigenden Vorwürfe offensichtlich ohne jede Kenntnis von dem wirklichen Sachzusammenhang und darum in frivolster Weise und mit der offensichtlichen Absicht der Verhöhnung der Justiz erhoben worden sind. Von einer Bewährungsstrafe wurde lediglich mit Rücksicht darauf abgesehen, daß der verantwortliche Schriftleiter weder wegen Beleidigung noch sonst gerichtlich vorbestraft war. (Staatsanwalter.)

Der Artikel wurde bekanntlich auch vom hiesigen „Volksfreund“ nachgedruckt. Der „Volksfreund“ wird der Verurteilung durch eine Erklärung aus, in der er Widerruf leistete.

Aus Baden.

Errichtung des Finanzamts Sinsheim.

Am 7. November wurde der Steuerfunktionsdienst Sinsheim aufgegeben und mit dem Finanzamt vereinigt. Das Finanzamt Sinsheim ist dadurch im Sinne des § 8 Abs. 2 der Reichsabgabenordnung errichtet worden. Sein Geschäftsbezirk umfaßt die Amtsbezirke Sinsheim und Eppingen mit Ausnahme der Gemeinde Sulzfeld. Das Finanzamt Sinsheim übernimmt die Geschäfte des bisherigen Finanzamts und des Steuerfunktionsdienstes Sinsheim. Der Steuerfunktionsdienst bleibt vorerst noch in seinen bisherigen Diensträumen.

Die Benzwerke.

i. Mannheim, 17. Nov. Die Direktion der Benzwerke hat dem Schlichtungsausschuß neue Vorschläge unterbreitet, die dahin gehen, die Arbeiter, die sich Tätigkeiten hatten zu Schulden kommen lassen, nicht mehr einzustellen, aber für ihr Unterkommen in einem anderen Betriebe am Orte zu sorgen. Falls es nicht möglich ist, den betreffenden Arbeitern Arbeit zu verschaffen, will die Firma Benz den Arbeitern solange ihren Lohn bezahlen, bis sie Arbeit gefunden haben. Der Schlichtungsausschuß hat heute über diese Frage beraten. Seine Entscheidung liegt noch nicht vor.

i. Ettlingen, 17. Nov. Hier fürzte der verheiratete Tagelöhner Moritz Herr vom Fahr- und erlitt eine schwere Gehirnerschütterung.

i. Heidelberg, 17. Nov. Der Bürgerausschuß wird sich in seiner nächsten Sitzung mit dem großzügigen häuslichen Bauprogramm zu befassen haben. Zurzeit sind hier noch 3000 Wohnungsjugende vorhanden. Das Bauprogramm für 1921 sah die Errichtung von Bauten mit einem Aufwand von 47,27 Millionen Mark vor. Infolge der Preissteigerung wird sich diese Summe auf 51 Millionen erhöhen. Nach dem für 1922 aufgestellten Bauprogramm sollen 482 Wohnungen beschafft werden mit einem Kostenaufwand von rund 57 1/2 Millionen. Hier von übernimmt der Staat 14,68 Millionen und der Rest verbleibt der Stadt. Außerdem will die Stadt noch für 38 Privatbauten Zuschüsse von 1/2 Million Mark gewähren. Die Baugesellschaft „Beamtenfidelung“ will in verpfiendeten Stadtgebieten Wohnhäuser bauen, wofür ihr die Stadt 10 Millionen Bauförderungszuschüsse zur Verfügung stellen will, die in dem obengenannten Betrag von 57 1/2 Millionen eingerechnet sind. — In der vergangenen Nacht verunglückte bei Sedelheim das Auto eines hiesigen Fabrikanten, das vollständig zertrümmert und der Chauffeur schwer verletzt wurde. — Im Stadtteil Handlshausen fürzte ein 13jähriges Mädchen beim Fahren mit einem „Holländer“ und erlitt so schwere innere Verletzungen, daß es starb.

i. Neckarsteinach, 17. Nov. Das bekannte Gasthaus „Zur Harke“, das kürzlich von einem eckstischen Flüchtling zum Preise von 105 000 Mark angekauft wurde, ist jetzt an ein Saarländisches Konfektum für 310 000 Mark weiter veräußert worden. Der Zweck ist nicht bekannt.

i. Baden-Baden, 15. Nov. Im großen Saale des Rathauses fand gestern abend von 5 Uhr ab, unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Pfeiffer eine Sitzung des Bürgerausschusses statt, zu der sich die Mitglieder des Stadtverordnetenvereins wie des Stadtratskollegiums zahlreich eingeunden hatten, denn auf der Tagesordnung stand neben andern Punkten, der Haushaltsplan für 1921/22 zur Beratung. Nach Eröffnung der Sitzung nahm der Vorsitzende das Wort und verbreitete sich eingehend über die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Stadt, um sich über deren Zukunft zu verbreiten. In der Generaldebatte sprachen eine Anzahl von Rednern der einzelnen Parteien, teils in anerkennendem, aber auch in kritischerem Sinne, nachdem sich der Obmann des Stadtverordnetenvereins Justizrat Ketterer gleichfalls zu dem Vorschlag geäußert und die erfreulichen Momente hervorgehoben hatte. Damit wurde die allgemeine Aussprache beendet und zunächst ein als dringlich bezeichneter Antrag des Stadtrats über die Bewilligung von 500 000 Mark zur Vervollständigung und Erweiterung der Feuermeldeanlage beraten. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen und sodann die Weiterberatung auf Dienstag vertagt. In der heutigen Sitzung, die um 5 Uhr nachmittags begann, wurden die einzelnen Positionen der Einnahmen und Ausgaben eingehend besprochen und sodann der Antrag des Stadtrats zur Deduktion des Fehlbetrags eine Um-lage von 1 Mk. 42 Pfg. auf 100 Mark Steuerwert des liegenschaftlichen und gewerblichen Vertriebsvermögens zu erheben, angenommen. — Nachdem die Vorschlagsberatung zu Ende geführt war, wurde ein Erbbaurecht mit der Gemeinnützigen Baugesellschaft Baden-Baden über Stadelungsgelände an der Ebergsstraße im Stadtteil Nientental genehmigt, ebenso der Ankauf, Verkauf und die Verpachtung verpfiendeter Grundstücke und die Errichtung einer laufenden Rechnung der Stadtkasse bei der Städtischen Sparkasse bis zum Höchstbetrag von 5 Millionen Mark. Nachdem auch ein Antrag über die Erhöhung der Friedhofgebühren die Zustimmung des Kollegiums gefunden hatte, konnte die Sitzung abends 9 Uhr vom Vorsitzenden geschlossen werden.

i. Freiburg, 17. Nov. Die Firma Gebrüder Himelbach hat auch in diesem Jahr zehn Eisenbahnwagen mit Brennholz für bedürftige Kreise unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

i. Vörsach, 17. Nov. Nach der „Breitgauer Zeitung“ ist ein Mann, der unerlaubterweise die Grenze passieren wollte und auf den Anruf des Grenzbeamten nicht hörte, von diesem erschossen worden.

i. Konstanz, 17. Nov. Die Vereinigung der badischen Liegenschafts- und Hypothekervermittler (Eitz Freiburg) hielt hier ihre Hauptversammlung ab, in der beschlossen wurde, mit Nachdruck den unantastbaren Elementen, die sich infolge der wirtschaftlichen Krisis im öffentlichen Leben in den Beruf eingefüglichen haben, entgegenzutreten. Es wurde

mitgeteilt, daß die Behörde die Vereinigung in dieser Beziehung unterstützt. Gefordert wurde, daß die Vereinigung mit den Behörden in dauernder Verbindung bleibe, um die Ausrottung des sog. wilden Vermittlertums zu ermöglichen.

Aus Nachbarländern.

i. Ludwigshafen, 17. Nov. Die Gesamtzahl der Todesopfer bei der Oppauer Explosionskatastrophe beträgt nach den neuesten Feststellungen 579. In diese Zahl einbegriffen sind 72 als unerkannt geführte beerdigte Tote und 52 Vermisste, die Gesamtzahl der als vermist gemeldeten Personen beträgt 124. Die Ludwigshafener Behörde hat über 400 Leichen befragt, 245 kamen nach auswärts.

Aus dem Stadtkreise.

Verlängerung der Postzeitende. Die nächste Postzeitende wird für den Stadtkreis Karlsruhe allgemein auf 12 Uhr, an Samstagen auf 1 Uhr nachts festgesetzt.

Die internationalen Antwortscheine sind bekanntlich feinerzeit vom Weltpostverein zu dem Zwecke geschaffen worden, dem Empfänger des Briefes im Auslande die Ausgaben für das Freimachen der Antwort zu ersparen. Der Absender des Briefes faßt auf dem Zweck bei seiner Postanfertigung einen Antwortschein zum Nennwert von 25 Goldcentimen und legt ihn dem Brief an den Empfänger bei. Die Bestimmungspflichtigkeit tauscht dem Briefempfänger den Schein gegen Postwertzeichen im Nennwerte von 25 Goldcentimen um. So lange in internationalen Verkehr die Gebühr für einen einfachen Auslandsbrief 25 Centime betrug, erhielt der Empfänger für einen Antwortschein die zur Deduktion der vollen Freibeitgebühr für einen einfachen Auslandsbrief erforderlichen Postwertzeichen. Neuerdings ist auf Grund der Beschlässe des Weltpostkongresses in Madrid die Gebühr für den einfachen Auslandsbrief von der Mehrzahl der Länder, darunter auch Deutschland, auf 50 Goldcentimen festgesetzt worden. Da die Reichspostverwaltung als Gegenwert von 50 Goldcentimen (= rund 26 Papiermark) im Briefverkehr nur 1,20 A erhebt, kann sie auch einen Antwortschein zu 25 Goldcentimen nur gegen Marken im Werte von 60 Pfg. umtauschen. So erklärt es sich, wenn das deutsche Publikum neuerdings für einen Antwortschein im Nennwerte von 25 Centimen nur noch die Hälfte der Freibeitgebühr für einen einfachen Auslandsbrief in Marken einzu-tauschen erhalten kann. Die deutsche Postverwaltung ist andererseits genötigt, für die von ihr verkauften Antwortscheine einen Betrag von nur 10 A für das Stück zu erheben, weil sie für jeden in Deutschland ausgegebenen und im Ausland gegen Randpostwertzeichen eingetauschten Antwortschein an die beteiligten fremden Postverwaltungen 25 Goldcentimen im Abrechnungswege zu erstatten hat, nach dem gegenwärtigen Stande des Brieftarifes aber 28 Goldcentimen sogar noch über den Betrag von 10 A hinausgehen.

In die Fremdenlegion entführt wurde am letzten Montag in Karlsruhe ein junger Kaufmann. Der junge Mann wurde mitten in der Stadt von einem Unbekannten angesprochen, der vorgab, suchen bei seinem Chef gewesen zu sein und den Auftrag habe, den Kaufmann in einer geschäftlichen Angelegenheit an den Karlsruher Rheinhafen zu begleiten. Sie stiegen in ein bereitstehendes Auto. Auf dem Wege wurde der junge Mann narotisiert und landete schließlich in einem Konzentrationslager für Fremdenlegionäre in Neustadt i. S. Nach Ueberwindung großer Schwierigkeiten gelang es ihm, zu entfliehen und wieder nach Karlsruhe zurückzukehren. Es soll sich um einen 21jährigen Kaufmann namens Fricke handeln. Seine Habfeligkeiten (Uhr, Geld usw.) fehlten bis auf eine silberne Zigarettenboxe, die unbemerkt in der hinteren Hofentasse geblieben war. In der Nacht gelang es dem jungen Mann, über das Gitter des Lagers zu klettern. Auf einem Eisenbahndamm schritt er dann oswärts. Ein Pfläzler, dem er begegnete, gab ihm für die Zigarettenboxe 10 Mk., worauf er telegraphisch seine Eltern in Karlsruhe verständigte. Da bisher fast alle derartigen Meldungen sich als fiktive Phantasiegebilde oder fingierte Erzählungen erwiesen haben, geben wir die Darstellung mit allem Vorbehalt wieder.

Betrag in Höhe von 127 000 Mark. Ein Schlosser aus Freiburg und ein Bäcker aus Dornstetten veräußerten an einen Kunstmaler aus Straßburg zwei Tafeln gefälschten Platin und erhielten dafür 127 000 Mark ausbezahlt. Die Fälschung wurde bald nach dem Kaufschluß bemerkt, wodurch es der hiesigen Schutzmannschaft gelang, die beiden Täter hier zu verhaften und einen erheblichen Teil des Geldes wieder bezubringen.

Auf einen neuen Trick ist die hiesige Polizei den wilden Aufkäufern aus dem benachbarten Grenzland gekommen. Gestern wurden hier zwei Ausländer festgenommen, in deren Besitz sich Kodelifetten französischer Firmen befanden. Bei Käufen deutscher Mäntel und Anzüge werden dann um die Polizei und Zollbehörden zu täuschen, die deutschen Etiketten entfernt und durch französische ersetzt.

Große Seidenbiebstähle. In der letzten Zeit wurden aus zwei Seidenfabriken an der Schweizer Grenze (in Öhrnol bzw. Bad. Rheinfelden) Seidentoffe im Werte von etwa 500 000 Mark entwendet. Durch die hiesige Kriminalpolizei konnte der Täter, ein Tagelöhner aus Schiltgen in der Schweiz, der sich unter falschem Namen herumtrieb, festgenommen und ein Teil des Diebstahls beschlagnahmt werden. Außerdem wurden die Fehler, und zwar ein Weber aus Krefeld, eine Tagelöhnerin aus hier, ein Hilfsarbeiter aus Driellingen, sowie ein Tagelöhner aus Groß-Mähringen verhaftet.

Einbruchsbiebstahl in einer hiesigen Villa. Im September ds. Js. wurde in eine Villa in der Bismarckstraße, deren Bewohner verreiselt waren, eingestiegen, und es wurden daraus Gegenstände im Werte von 30 000 Mk. gestohlen. Nun ist es gelungen, die Täter in der Person eines Lageristen, eines Chauffeurs und eines

